

Von 16,3 auf 19,3 Prozent – Krankenkassenbeiträge könnten massiv ansteigen

WELT :: 25.6.2024



Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für die Krankenhäuser in Deutschland werden in diesem Jahr voraussichtlich erstmals die 100-Milliarden-Euro-Marke überschreiten. Damit hätten sich die Ausgaben für die Krankenhäuser seit 2006 verdoppelt.

Um eingebettete Inhalte anzuzeigen, ist deine widerrufliche Einwilligung in die Übermittlung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten notwendig, da die Anbieter der eingebetteten Inhalte als Drittanbieter diese Einwilligung verlangen [In diesem Zusammenhang können auch Nutzungsprofile (u.a. auf Basis von Cookie-IDs) gebildet und angereichert werden, auch außerhalb des EWR]. Indem du den Schalter auf „an“ stellst, stimmst du diesen (jederzeit widerruflich) zu. Dies umfasst auch deine Einwilligung in die Übermittlung bestimmter personenbezogener Daten in Drittländer, u.a. die USA, nach Art. 49 (1) (a) DSGVO. Mehr Informationen dazu findest du hier. Du kannst deine Einwilligung jederzeit über den Schalter und über Privatsphäre am Seitenende widerrufen.

Bei Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung droht den Deutschen laut einer neuen Studie ein Abgabenschock: Die Beträge zur Sozialversicherung könnten sich auf bis zu 48 Prozent der Lohnzahlung erhöhen. Starker Preistreiber ist das Gesundheitswesen.

Den Angestellten und Arbeitgebern in Deutschland drohen in den kommenden Jahren nach einer neuen Studie stark steigende Sozialbeiträge. Bis 2035 könnten die Beiträge der verschiedenen Versicherungszweige insgesamt um 7,5 Punkte auf 48,6 Prozent steigen, wie die der Deutschen Presse-Agentur vorliegende Studie zeigt.

Das Berliner IGES-Instituts hatte im Auftrag der DAK-Gesundheit die Beitragsentwicklung bei der Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung berechnet, wie sie aus heutiger Sicht naheliegend erscheint.

Dazu gingen die Forscher von mittleren Werten bei den bestimmenden Größen für die Beiträge aus – der Geburtenrate, der Lebenserwartung, der Migrationsbewegung und der Lohnentwicklung. Für jeweils günstigere und ungünstigere Entwicklungen stellten sie die Abweichungen bei den Beiträgen dar.

DAK-Vorstandschef Andreas Storm forderte die Politik auf, wirksam in die Entwicklung einzugreifen und eine Beitragsexplosion zu verhindern.

Kassenchef fordert Stabilitätspakt

Storm warnte, die Sozialabgaben könnten entgegen bisherigen politischen Ankündigungen realistisch nicht auf 40 Prozent gedeckelt werden. Allein in der gesetzlichen Krankenversicherung droht in den nächsten zehn Jahren demnach ein Beitragssprung von 16,3 auf 19,3 Prozent.

Der Kassenchef forderte einen Stabilitätspakt für die gesetzliche Krankenversicherung. Den Kassen müssten die Ausgaben für die Versicherung von Menschen mit Bürgergeld vom Bund erstattet werden. Der Bundeszuschuss für die gesetzliche Krankenversicherung müsse jährlich steigen. Zudem schlug Storm vor, die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen an der durchschnittlichen Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen zu koppeln. Dies würde wie eine „dynamische Ausgabendeckelung“ wirken, so der Kassenchef.

In der Pflege könnte der Beitragssatz bis 2030 um 0,7 Prozentpunkte steigen. In der Arbeitslosenversicherung geht der Beitragssatz laut der Studie zunächst von 2,6 Prozent bis 2027 auf 2,5 Prozent zurück. Bis 2035 ist dann mit einem Anstieg auf 3,0 Prozent zu rechnen.

In der gesetzlichen Rentenversicherung ist gemäß der Studie und unter Einberechnung des geplanten Ampel-Rentenpakets mit einem Beitragsanstieg von derzeit 18,6 auf 22,3 Prozent 2035 zu rechnen.